

Protokollauszug Gemeinsame Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses mit dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung - ACHTUNG! Neuer Sitzungs- raum! vom 24.10.2023

Zu Ö 16 Mitteilungen der Verwaltung

1.) Übersicht über die noch ausstehenden Ratsanfragen und -anträge

Im Anhang zur Niederschrift befindet sich die Übersicht über die noch ausstehenden Ratsanfragen und -anträge (s. Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem), welche den Ausschüssen in regelmäßigen Abständen vorgelegt wird.

2.) Aktuelle Turnhallensituation im Schulzentrum Laurensberg

Herr Kaldenbach berichtet über die aktuelle Situation an der Turnhalle im Schulzentrum Laurensberg. Dort habe es nach den Herbstferien ein Problem mit dem Dach gegeben und die Halle habe geschlossen werden müssen. Diese Schließphase sei nun beendet und die Halle habe wieder in Teilbereichen für die schulische Nutzung freigegeben werden können. Seither werde die Halle täglich überprüft. Parallel bemühe sich das städtische Gebäudemanagement um eine kurzfristige Reparaturmaßnahme. Anschließend könne das Dach einer großflächigen Betrachtung unterzogen werden.

3.) Sachstand zum Aachener Modell

Herr Brötz berichtet über den aktuellen Sachstand zum Aachener Modell. Er fasst zunächst die Ursprünge des Modells nochmals zusammen. Die Intention sei, Menschen ohne pädagogische Vorausbildung ins System KiTa zu holen, wo sie den Alltag unterstützen könnten, und sie gleichzeitig dahingehend zu qualifizieren, dass sie perspektivisch als Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger in den Kindertageseinrichtungen tätig sein und im Rahmen des KiBiz eingestellt werden könnten. Derzeit befinde sich die Verwaltung in guten und konstruktiven Gesprächen mit dem Ministerium. Das Ministerium habe eine sogenannte AG KiMa, „KiTa-Maßnahmen“, gebildet, in welcher Eckpunkte des Modells diskutiert würden. Auf Dauer werde das Modell auch sicherlich einen neuen Namen erhalten, denn Ziel sei es, ein Format für ganz NRW zu finden. In der aktuellen Vorlage des Landes, welche zunächst noch in eine Unterarbeitsgruppe eingespielt werde, bevor sie in die AG übertragen werde, fänden sich jedoch viele Inhalte des Aachener Modells. Daher sei er zuversichtlich, dass die gemeinsam in Aachen erarbeiteten Aspekte Gehör finden würden. Auch sei es positiv, dass die Möglichkeit des Quereinstiegs grundsätzlich anerkannt worden sei und dass diese Personen das System stärken würden und nicht länger ein Verlust der Qualität

der Betreuung in den KiTas befürchtet werde. Die relevanten Fragen zur Finanzierung müssten noch zwischen dem Land, den kommunalen Spitzenverbänden und den freien Trägern abgestimmt werden. Alle am Aachener Modell beteiligten Akteure könnten sehr zufrieden mit dem aktuellen Stand sein, dieser sei nicht in allen Verhandlungsetappen zu erwarten gewesen.

Frau Scheidt erinnert sich zurück an das Auftakttreffen vor gut einem Jahr im Centre Charlemagne. Aus dem anfänglichen Impuls im Kinder- und Jugendausschuss habe sich zwischenzeitlich ein Modell entwickelt, welchem sich eine Vielzahl an Kommunen angeschlossen und an das Land appelliert hätten, sich damit zu befassen. Dies sei ein großer Erfolg. Sie dankt auch der Verwaltung, dass diese nie lockergelassen und stets den Austausch mit dem Land gesucht hätte.

Frau Schmitt-Promny lobt ebenfalls die Verknüpfung mit den Fachkräften. Es bestehe parallel die Notwendigkeit, Fortbildungen für die Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger zu organisieren. Hier lägen erste Vorschläge zur Unterstützung der Berufskollegs dem Schulministerium vor. Sie appelliert an die Ausschussmitglieder, alle verfügbaren Kanäle ins Ministerium zu nutzen, damit dort schnell weitergearbeitet würde.

Herr Brötz erläutert, dass es derzeit einen guten Austausch mit den Vertretungen des Schulministeriums gebe. Wichtig sei insbesondere, dass die interessierten Personen dahingehend qualifiziert würden, dass diese ins 2. Ausbildungsjahr der praxisintegrierten Ausbildung (PIA) wechseln könnten.

4.) Sachstand Digitalpakt

Herr Kaldenbach berichtet, dass die Verwaltung zwischenzeitlich in gute und konstruktive Gespräche mit der Bezirksregierung und dem Ministerium eingestiegen sei. Es seien bestimmte Schritte vereinbart worden, welche die Annahme zulassen würden, dass die Mittel vollumfänglich ausgeschöpft werden könnten. Dies sei sehr positiv.

Anlage 1 Ratsanträge und -anfragen_24.10.2023